



Seniorenenvertretung
Tempelhof-Schöneberg
030 577 128 78

seniorenenvertretung@ba-ts.berlin.de

Berlin, den 25.11.2021

Erste Anmerkungen zur Zählgemeinschaftsvereinbarung

zwischen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD in Tempelhof-Schöneberg

Die Anmerkungen sind weder systematisch geordnet, noch betreffen sie alle Punkte der Vereinbarung, und berühren vor allem Punkte, die für die Arbeit der Seniorenenvertretung Bedeutung haben. Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf Seitenzahlen.

+ positiv

"Der Frauenbeirat soll ausgebaut und an die BVV angebunden werden." (5) – Auch wenn in der Zählgemeinschaftsvereinbarung offen bleibt, was unter "an die BVV angebunden" zu verstehen ist und man sich unter Ausbau alles Mögliche vorstellen kann, ist die Richtung der getroffenen Festlegung zu begrüßen.

"Wir wollen, dass Tempelhof-Schöneberg zukünftig eine Vorreiterrolle in der Entwicklung und Ausgestaltung der Bibliotheken zu Orten von lebenslangem Lernen und generationsübergreifendem Wissensaustausch einnimmt." (8) – Die Formulierung ist zu begrüßen. Allerdings wäre es schön gewesen, wenn sie sich in ähnlicher Weise bei den Angeboten der Volkshochschulen wiedergefunden hätte. Der [Maßnahmenkatalog](#) zu den Seniorenpolitischen Leitlinien des Senats geht da weiter.

"Falschparker:innen auf Rad- und Gehwegen, E-Roller und sonstige Hindernisse müssen verstärkt kontrolliert und Verstöße geahndet werden. Verkehrsbehinderungen sollen beseitigt werden. Gehwege müssen so ertüchtigt werden, dass sie keine Gefahr oder Hindernisse für Menschen mit beeinträchtigter Mobilität darstellen." (9) – Das ist sehr zu begrüßen, wenn es denn umgesetzt wird, ebenso wie die angekündigten Schwerpunktkontrollen. Noch wünschenswerter wäre gewesen, wenn gemeinsame Aufklärungskampagnen in die Vereinbarung übernommen worden wären, wie sie die Seniorenenvertretung in einem BVV-Antrag vorgeschlagen hat ([Drucksache - 2070/XX](#)).

"Poller auf Gehwegen sollen im Sinne der Barrierefreiheit entfernt werden, wenn sie nicht der Verkehrssicherheit dienen. Sollten diese aus Verkehrssicherheitserwägungen notwendig sein, sollten sie nach Möglichkeit farblich von der Farbe des Gehweges unterschieden werden." (11) – Dass diese Formulierung in die Vereinbarung aufgenommen wurde ist loblich, selbst wenn sie mit dem bezirklichen [Inklusionskonzept](#) vom Dezember

2019 eigentlich schon eine festgelegte Aufgabe des Bezirks ist. Leider wurden seit über einem Jahr keine Poller mehr entfernt. Warum eine farbliche Kennzeichnung nur "nach Möglichkeit" stattfinden soll, erschließt sich überhaupt nicht. Die kontrastreiche Kennzeichnung ist eigentlich zwingend.

"Auch Parkbänke müssen als Teil der barrierefreien Wegeführung konzeptionell mitgedacht werden." (11) – Wer Bewegung von älteren Menschen fördern will, muss Bänke aufstellen und Toiletten bereithalten. In diesem Sinn begrüßen wir diese Absicht und ergänzen sie mit dem Hinweis, dass Parkbänke und andere Sitzmöbel für alle Menschen und für jedes Alter die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums entscheidend verbessern.

Fahrradparken soll nicht zu Lasten des Fußverkehrs stattfinden, so sollen etwa Fahrradbügel auf der Straße installiert werden. (12) – Wir ergänzen: Die bisher im Gehwegraum installierten Fahrradbügel sollten überprüft und ggf. wieder abgebaut werden.

Der Abschnitt *"Kiezblocks, Aufenthaltsqualität und Spielstraßen"* klingt ambitioniert und findet die ausgesprochene Unterstützung der Seniorenvertretung (12). Wir hoffen, dass damit in Tempelhof-Schöneberg die Verkehrswende wirklich eingeleitet wird und sie nicht wie viele Maßnahmen in der letzten Wahlperiode im Stadium der Planung hocken bleibt.

"Wir werden kostenfreie und zielgruppengerechte Weiterbildungen zum Thema Digitalisierung für Senior:innen ermöglichen" (16) – ... nur zu. Darauf, dass der Bezirk Schritte unternimmt, um die vorhandenen Barrieren für ältere Menschen gegenüber der Digitalisierung beseitigt werden, warten wir schon lange.

"Wir setzen uns für kostenloses WLAN in Seniorenfreizeitstätten ein." (17) – Noch besser wäre es, die Sache an sich endlich umzusetzen (beantragt 2016, beschlossen in der BVV ([Drucksache - 1674/XX](#)), versprochen vom Bezirksstadtrat bis Ende 2020 ... nichts ist passiert).

"Wir wollen die Palette der bestehenden Angebote für Senior:innen bzw. Angehörige bzgl. Sorgearbeit aber auch Beratung, Unterstützung, Entlastung bei bürokratischen Angelegenheiten übersichtlich darstellen, so dass sie besser nutzbar sind. Sollte sich weiterer Bedarf ergeben, sollen die Angebote ausgebaut werden." (17) – Die Formulierung klingt zunächst gut, nur scheint nicht ganz klar, was damit ("übersichtliche Darstellung") gemeint ist. Und darüber hinaus: Ist denn der ansteigende Bedarf nicht absehbar? (s.u. demografischer Wandel).

"Wir setzen uns für eine ausreichende Versorgung mit zugänglichen, kostenfreien und barrierefreien Toiletten im öffentlichen Raum ein, damit Menschen sich im hohen Alter noch wohlfühlen und ohne Einschränkungen bewegen können." (17) – Die Absicht ist ausdrücklich zu begrüßen, nur werden wir bei Gelegenheit nachfragen müssen, wie und bei wem sich die Zählergemeinschaft da eingesetzt hat. Und wie nachdrücklich das passiert. Daneben gibt es auch Eingriffsmöglichkeiten für den Bezirk, die er bisher nicht wahrgenommen hat. Wir erinnern daran, dass in der Pandemiezeit die Rathäuser und andere bezirkliche Einrichtungen ihre Toiletten verschlossen haben.

Positiv wollen wir auch anmerken, dass an vielen Stellen der Zählergemeinschaftsvereinbarung auf die notwendige Stärkung der südlichen Teile des Bezirks hingewiesen wird. Im Bereich des inneren Rings und des äußeren Rings zeichnen sich oft unterschiedliche Bedürfnisstrukturen auch der älteren Menschen ab.

+/- weder noch oder beides

"Wir werden die Senior:innenfreizeitstätten stärker zu nachbarschaftlichen Mehrgenerationenhäusern des Zusammenhalts und des Miteinanders entwickeln. Dazu gehört auch mehr interkulturelle Öffnung der Senior:innenarbeit, ebenso wie inklusive und barrierefreie Angebote. Außerdem wollen wir Angebote für queere Senior:innen unterstützen." (16) – Das klingt gut. Ist es das aber auch?

Eine Seniorenfreizeitstätte und ein nachbarschaftliches Mehrgenerationenhaus erfüllen vom Namen her schon unterschiedliche Aufgaben. Wer macht das Konzept für die "nachbarschaftlichen Mehrgenerationenhäuser" und wer unterlegt diese Konzepte mit dem dafür nötigen Mehr an Personal? - Und wenn die vorhandenen SFS für alle Generationen geöffnet werden: Das geht von der Kapazität her schon Lasten der Älteren, die im Übrigen mehr werden. Gibt es dann mehr Mehrgenerationenhäuser als jetzt SFS? Wer bezahlt das, denn diese Frage wird bei allen möglichen anderen Festlegungen der Zählgemeinschaftsvereinbarung immer wieder gestellt?

Ist diese Formulierung bloß unausgegoren, steckt da purer Wille oder viel mehr dahinter? Denn eigentlich wird hier im Vorbeigehen der Bereich der bezirklichen Seniorenarbeit neu definiert. – Bei einem solchen Eingriff in die Seniorenarbeit bzw. die Ausrichtung der Seniorenfreizeitstätten hätte man sich die Einbeziehung der Beteiligten gewünscht, um es milde zu formulieren. Schärfer gesagt, eine Veränderung in diesem Bereich ohne die Einbeziehung der Beteiligten – d.h. der Seniorenarbeit, der Seniorenvertretung und der Seniorenfreizeitstätten – ist undenkbar und spricht allen schönen Worten der Beteiligung und Partizipation der [Seniorenpolitischen Leitlinien des Senats](#) Hohn.

Wir sind in der Frage der Weiterentwicklung der Seniorenfreizeitstätten durchaus sehr offen und können uns eine Reihe von Veränderungen vorstellen, nur braucht es dazu wirklich einer gemeinsamen Verständigung mit der Aufnahme des Ist-Zustands und der Aufnahme der Bedarfe und der Formulierung von Zielstellungen. – Nebenbei gesagt, hat das auch viel mit der Frage des Personals zu tun. Die Arbeit des Bezirks im Bereich der Senior:innen ist heute schon undenkbar ohne die vielfältige Einbeziehung von Ehrenamtlichen. Eine Veränderung wirft die Frage nach mehr Personal oder mindestens die Frage der wertschätzenden Anerkennung der Leistung der Ehrenamtlichen durch unterstützende 'Arbeitsbedingungen' und Regelungen auf.

- negativ

Der gesamte Abschnitt über den Sport (7) ist nicht vom sogenannten erweiterten Sportbegriff der [Senatsstudie von 2017](#) geprägt. D.h. niedrigschwellige, vereinsungebundene Bewegungsformen spielen in keiner einzigen Festlegung der Zählvereinbarung eine Rolle. Und: Es ist etwa von der Anerkennung außergewöhnlicher Leistungen die Rede, aber nicht von der präventiven Funktion von Bewegung und deren Förderung. Die Seniorenvertretung hat die mangelnde Berücksichtigung niedrigschwelliger Bewegung im Sportausschuss schon deutlich thematisiert ([Präsentation](#)).

Die Zählgemeinschaftsvereinbarung macht sich für die Teltowkanalroute, die RSV 6, stark: *"Neben der in Planung befindlichen RSV 6 machen wir uns für eine Anbindung des Südens (Marienfelde und Lichtenrade) mit einer weiteren RSV stark. Eine übergeordnete, durchgehende Rad- und Fußwegeverbindung entlang des Teltowkanals soll entwickelt und*

mit der Umsetzung in dieser Wahlperiode begonnen werden." (11) – Mit dieser Formulierung übergibt die Zählgemeinschaft den Erholungsraum Teltowkanal in den Verkehrsraum. Eine Neuverteilung von Verkehrsfläche findet zu Lasten der Zufußgehenden statt. Die Radschnellverbindung wird im ersten Punkt unter dem Abschnitt Fahrradverkehr unterstützt.

Völlig getrennt davon wird in einem letzten Punkt festgehalten: *"Wir setzen uns für eine Lösung des Nutzungskonfliktes Radschnellverbindung Hans-Baluschek-Park ein. Dafür fordern wir die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz auf, alle Beteiligten, u.a. InfraVelo, die BVV, deren Gremien und die Öffentlichkeit, bei der Lösungsfindung aktiv zu beteiligen."* – Diese Formulierung könnte positiv gewertet werden, wenn sie nicht zusammenhangslos und getrennt von der Formulierung zur RSV 6 in der Zählgemeinschaftsvereinbarung stehen würde. Denn so legt sie nahe, dass es am Teltowkanal keine Nutzungskonflikte gäbe; dabei findet dort der Eingriff in die Erholungsfläche der Spaziergänger:innen und Erholung Suchenden in noch komprimierterer Form statt. Und darüber hinaus wird auf den Eingriff in das Parkgelände am Insulaner überhaupt nicht eingegangen.

Dazu passt, dass im Abschnitt Stadtnatur/Ökologie/Grünflächen (13) von der Aufwertung aller möglichen Parks die Rede ist, aber vom Hans-Baluschek-Park und seiner Aufwertung nicht. Dabei lässt die Parkgestaltung im Hans-Baluschek-Park stark zu wünschen übrig und die Aufenthaltsqualität kann erheblich verbessert werden ([Drucksache - 2237/XX](#)).

"Niedrigschwellige und dezentrale Angebote mit Schwerpunkt Gesundheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen werden wir insbesondere im Süden des Bezirks ausbauen." (18) – Prävention im Gesundheitsbereich wird in der Zählgemeinschaftsvereinbarung nicht auf die Älteren bezogen; warum auch immer, wird sie vermutlich als Unteraufgabe der Seniorenarbeit gesehen und nicht als Aufgabe, der sich der Bezirk im umfassenden Sinn annehmen müsste.

Einen Punkt möchten wir anmerken, weil er unserer Erachtens gänzlich fehlt. Die bezirkliche Nachbereitung der Pandemie im nächsten oder übernächsten Jahr. Uns fehlt so etwas wie ein Runder Nach-Corona-Tisch. Die unterschiedlichen bezirklichen Akteur:innen sollten beraten: Was war gut, was geht besser und was muss unbedingt anders gemacht werden; aus dem Vergangenen lernen, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Die demografische Entwicklung findet keine Berücksichtigung

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg leben zurzeit über 96.400 Bürger:innen, die 60 Jahre und älter sind (31.12.2020). Das sind 27,6 % der 349.539 Einwohner:innen. In der jetzt beginnenden Wahlperiode gehen die ersten geburtsstarken Jahrgänge der Babyboomer ab etwa 1958 in Rente. Die Gruppe der über 60-jährigen Menschen ist die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Und wegen der Verlängerung der Lebenszeit sind es vor allem die Hochbetagten, deren Anzahl und Anteil wächst.

Wenn man fragt, ob sich das in der Zählgemeinschaftsvereinbarung niederschlägt, stellt man fest, dass die Frage der alternden Gesellschaft überhaupt keine Rolle spielt. Es handelt sich hierbei um einen ähnlichen Fehler der bezirkspolitischen Akteure, der schon einmal beim bezirklichen *Soziale Infrastrukturkonzept* gemacht wurde. Da war vom demografischen Wandel die Rede und es wurden sogar die Zahlen und Zuwächse

aufgeführt, um dann bei den zu ergreifenden Maßnahmen einfach über diese Erkenntnisse hinwegzugehen. Die Seniorenvertretung hat das damals (2018) in einer "[Stellungnahme der Seniorenvertretung zum Soziale Infrastruktur-Konzept Tempelhof-Schöneberg](#)" bemängelt und mit entsprechenden Zusatzbeschlüssen gelobten die Bezirksverordneten auch Besserung.

Leider ist davon nichts zu spüren, der gleiche Fehler wird noch einmal gemacht. So heißt es (16) – *"In den kommenden Jahren wird der Bedarf für Grundschulplätze weiterwachsen. Wir werden auf diesen Bedarf zügig reagieren, bestehende Standorte ausbauen und die Voraussetzungen schaffen, erforderliche neue Schulstandorte zu bauen"* – ähnliche Formulierungen zum wachsenden Bedarfen der älteren Menschen sucht man vergebens.

Die Zählgemeinschaftsvereinbarung ignoriert die Frage der alternden Gesellschaft weitgehend.

Von der Seniorenvertretung
beraten und beschlossen

Am 25.11.2021

www.seniorenvertretung-tempelhof-schoeneberg.de